

Einstieg in Entgeltordnung für Lehrerinnen und Lehrer noch immer ungelöst

Kompromiss bei Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst der Länder erreicht



Warnstreik in Leipzig am 3. März



Warnstreik in Rostock am 3. März



Lehreraktionstag am 9. März in Düsseldorf

In der dritten Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder wurde zwischen Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) am 10. März 2011 zwar ein akzeptabler linearer Einkommenszuwachs vereinbart, aber eine Tarifierung im Lehrkräftebereich wurde nicht erreicht. „Der Einstieg in eine tarifliche Eingruppierung der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen ist nicht gelöst und bleibt für den VBE weiterhin ganz oben auf der Agenda“, erklärte dazu VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. Der VBE war unter dem Dach der dbb tarifunion in der Verhandlungskommission. Mit Blick auf die bundesweiten Warnstreiks und Aktionstage, an denen insgesamt 100 000 Demonstranten teilgenommen hatten, würdigte Udo Beckmann: „Die Lehrerinnen und Lehrer sind mit Abstand die größte Gruppe gewesen, die für die Forderungen in den Warnstreik getreten sind und haben damit einen ganz entscheidenden Anteil am Zustandekommen des Tarifkompromisses. Fakt ist auch, dass unsere Kolleginnen und Kollegen insbesondere wegen der Forderung nach einer gerechten Lehrerbezahlung auf die Straße gegangen sind. Die bisherige Praxis, Lehrkräfte nach Gutsherrenart auszuzahlen, gehört in die Mülltonne der Geschichte. Um das zu ändern, haben Zehntausende Lehrkräfte Druck gemacht.“

VBE-Tarifexperte Jens Weichelt, Mitglied der Verhandlungskommission und Landesvorsitzender des SLV im VBE, sprach von „bitterer Enttäuschung über dieses Verhandlungsergebnis“. Ein Tarifvertrag zur Eingruppierung von Lehrern sei gefordert worden, um attraktivere Bedingungen für die Arbeit an den Schulen bieten zu können. „Lehrernachwuchs gewinnt man nicht, indem man seine Lehrer in niedrigere Gehaltsgruppen eingruppiert, nicht verbeamtet und sie als Kostenfaktor betrachtet!“, unterstrich Jens Weichelt in Potsdam. „Eine Bezahlung nach Arbeitgeberrichtlinien bleibt auch in Zukunft unakzeptabel. Mit dem vorgesehenen Sonderkündigungsrecht könnten sich für uns ab nächstem Jahr Chancen eröffnen.“

Vereinbart wurde eine lineare Entgelterhöhung zum 01. April 2011 um 1,5 Prozent und zum 01. Januar 2012 um weitere 1,9 Prozent und darauf eine Erhöhung der Tabellenwerte (Monatsgehälter) um 17 Euro. Außerdem erhalten die Beschäftigten zeitnah eine Einmalzahlung von 360 Euro. Insgesamt beträgt das Volumen der Erhöhung 2,8 Prozent für die Laufzeit von 24 Monaten. Ein Tarifvertrag, der die Eingruppierung der Lehrer in Gehaltsgruppen regelt, wurde von der Arbeitgeberseite strikt abgelehnt. Es wurde jedoch ein Sonderkündigungsrecht ohne Nachwirkung für den Tarifbereich Ost zum 31. Dezember 2011 erreicht.

Bildungsrepublik muss Ziel bleiben



In einem Gespräch mit Bundesminister und Kanzleramtschef Ronald Pofalla (rechts im Bild) am Rande des Landesparteitages der CDU in Nordrhein-Westfalen am 12. März bekräftigte Udo Beckmann, der VBE stehe voll und ganz zu dem Ziel einer Bildungsrepublik Deutschland. Doch sei man in den vergangenen vier Jahren nicht wirklich einer Bildungsrepublik näher gekommen. Der VBE sehe Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe an.

Kritik an Lehrerbildung

Für „vollkommen zutreffend“ hält VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann die Kritik des Aktionsrates Bildung an der Qualität der Lehrerausbildung in den Ländern. Bei der Vorstellung des Jahresgutachtens am 22. März in München machte Professor Dieter Lenzen als Vorsitzender des Aktionsrates deutlich, die Lehrerausbildung müsse verbessert werden. Udo Beckmann kommentierte, es sei ein erstaunlicher Vorgang. Lehrerinnen und Lehrern werde regelmäßig attestiert, sie müssten ihre Diagnosefähigkeiten verbessern. Diese Diagnostiker, die sich für eine Verbesserung der Lehrerausbildung und sogar für eine Reform der Bologna-Reform aussprechen, so Beckmann, seien allesamt in der Lehrerausbildung verantwortlich tätig.

„So richtig also die Forderungen sind, bleibt doch die Frage offen, wann sich die Diagnostiker ihrer eigenen Verantwortung für die Lehrerausbildung stellen. Die Rufe aus der Schulpraxis verhallen ungehört, weil die, die es angeht, zu sehr mit dem ständigen Diagnostizieren beschäftigt sind. Meine Diagnose: Weniger reden, mehr tun“, rät Udo Beckmann dem Aktionsrat.

84 Tage entfernt von der Gleichstellung

Aus Anlass des Equal Pay Day am 25. März 2011 – der Tag, an dem beschäftigte Frauen in Deutschland mit ihrem Gehalt gleichziehen zum Gehalt 2010 ihrer männlichen Kollegen – betonte Jutta Endrusch, Vorsitzende der Bundes-



Familienministerin Kristina Schröder und VBE-Bundesfrauensprecherin Jutta Endrusch am Rande der Frauenpolitischen Fachtagung des dbb am 21. März in Berlin

frauenvertretung im VBE: „Der öffentliche Dienst muss seiner Vorbildfunktion besser gerecht werden. In den Bereichen ‚Erziehen und Unterrichten‘ des öffentlichen Dienstes betragen die Gehaltsunterschiede 14 Prozent.“ Die Zweiklassengesellschaft in Lehrerkollegien sei nicht hinnehmbar, bekräftigte Jutta Endrusch. Im Lehrerbereich befänden sich hauptsächlich Frauen im Angestelltenverhältnis. Diese erführen durch familienbedingte Unterbrechungszeiten, Teilzeitbeschäftigung und bestehende Höchstaltersgrenzen für die Verbeamtung eine überproportionale Benachteiligung. Daraus resultiere immer häufiger auch Altersarmut bei Frauen. Die Bundesfrauenvertretung des VBE fordert: Die Teilzeitbeschäftigung darf zukünftig nicht mehr zur Kürzung von Anrechnungszeiten bei der Berechnung von Renten und Pensionen führen.

Hindernis Kooperationsverbot

Auf dem 9. Landesverbandstag des VBE Mecklenburg-Vorpommern unter dem Motto „Nur wer in Bildung investiert, hat eine Zukunft!“ am 26. März in Rostock sprach sich Rolf Busch, erster stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, für attraktive staatliche Bildungseinrichtungen aus, damit jedes Kind individuell gefördert werden kann. „Klar muss sein, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Deshalb müssen die vorhandenen Gelder von Bund und Ländern gebündelt und dort investiert werden, wo am ehesten Bildungskarrieren und soziale Benachteiligungen entkoppelt werden können. Das geltende Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich ist ein Hindernis mit Folgen.“ Rolf Busch stellte klar, dass es mit Bundesmitteln keine Privatisierung von Bildungsangeboten geben dürfe. „Wir wollen keine zusätzliche Finanzierung des privaten Nachhilfemarktes. Wir fordern, dass alle staatlichen Schulen das tun können, was Lehrerinnen und Lehrer als Berufspflicht ansehen, jede Schülerin, jeden Schüler zu fördern und zu fordern.“



Auf der öffentlichen Veranstaltung des 9. Landesverbandstages des VBE Mecklenburg-Vorpommern linkses Bild v.l.n.r. Rolf Busch, Kultusminister Henry Tesch, Michael Blanck, Dietmar Knecht, dbb-Landesbundvorsitzender



Michael Blanck (rechtes Bild), alter und neuer Landesvorsitzender des VBE Mecklenburg-Vorpommern, rief die Bildungspolitiker der demokratischen Parteien zu einer Bildungsinitiative auf. Diese sollte, losgelöst von unterschiedlichen Regierungskoalitionen, über einen längeren Zeitraum als eine Legislaturperiode die Bildungspolitik der nächsten zehn Jahre bestimmen. „Bildungspolitik braucht keine Parteienideologie – Bildung braucht Verlässlichkeit, Beständigkeit und Nachhaltigkeit.“

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE